

Arme reiche Viviane

Viviane Reding wurde womöglich Opfer einer wenig transparenten und rechtsstaatlich fragwürdigen Praxis des Enregistrement: Wenn eine Immobilie in Luxemburg den oder die BesitzerIn wechselt, kassiert das Enregistrement fünf Prozent des Marktwertes als Gebühr. Es obliegt den EigentümerInnen den Wert anzugeben, den die Verwaltung dann annimmt oder ablehnt. Wird später ein höherer Wert ermittelt, müssen die BesitzerInnen nachzahlen und eine Strafe entrichten - auch wenn keine böswillige Absicht ihrerseits vorlag. So gesehen kann also nicht von einer gezielten Attacke gegen die EU-Kommissarin gesprochen werden. Auch ihre emotionsgeladene Pressekonferenz vom vergangenen Dienstag (bei der sie ausdrücklich aus der Affäre eine Privatsache machte, die Konferenz aber trotzdem über den Weg des EU-Pressebüros einberufen ließ und im, für Dritte sündhaft teuren, Jean Monnet-Gebäude abhielt), lässt kaum den Schluss zu, dass sie einer besonderen Benachteiligung ausgeliefert war. Fest steht jedoch, dass die Ex-Journalistin über wenig Fingerspitzengefühl verfügt: Wenn es darum geht, Schaden von ihrer öffentlichen Funktion abzuwenden, und wenn sie der Presse vorhält, sie zwischen den Zeilen als "crapule" dargestellt zu haben. Die Tatsache, dass Reding nachzahlen muss, bleibt. Die Feststellung, sie habe ihre Wohnung in exklusiver Lage womöglich weitaus billiger erstanden als der Markt dies ausweist, ebenfalls. (K)ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Ein bisschen Parteiengesetz

Auf EU-Ebene konkretisieren sich derzeit die Bestrebungen, eine Parteifinanzierungsregelung einzuführen: Im Gegenzug zur offiziellen Anerkennung (und Finanzspritze) müssten sich dabei jene Parteien, die in mindestens zwei EU-Ländern aktiv sind, die Kontrolle ihrer Finanzierungspraktiken gefallen lassen. Damit wäre etwas mehr Transparenz in einem Bereich gegeben, der in den letzten Jahrzehnten immer wieder für Schlagzeilen sorgte. Zum gleichen Zeitpunkt diskutiert die parlamentarische Institutionskommission in Luxemburg über die Einschreibung der Parteien in die Verfassung, die darin bislang nicht vorkommen. Auch ein Parteiengesetz gibt es in Luxemburg nicht. Seit den letzten Wahlen existiert jedoch ein Wahlfinanzierungsgesetz, das erstmals eine gesetzliche Definition der Parteien liefert. Erste Vorschläge von Berichterstatter Jean Asselborn (LSAP) laufen darauf hinaus, in der Verfassung die Rolle der Parteien für den demokratischen Pluralismus sowie ihre Freiheiten im Rahmen der demokratischen Grundrechte zu definieren. Aus den ersten Gesprächsrunden ging jedoch hervor, dass in der Verfassung kein Auftrag an den Staat festgelegt werden soll, für ein Parteiengesetz zu sorgen. Dies könne ohnehin geschehen, wenn Konsens über eine solche Notwendigkeit bestehe.

Eine Frage des Geschmacks

Um eine Frage des Geschmacks ging es diese Woche bei der kleinen Orientierungsdebatte über das öffentliche Kantinenwesen. Während die Ministerinnen Brasseur und Jacobs bei der öffentlichen Verpflegung für Kinder, Jugendliche, Kranke oder Greise alles in Butter sahen, suchten und fanden der Interpellant Garcia und die beiden Abgeordneten Loes und Schank, in der Debatte als "Nordallianz" bezeichnet, so manches Haar in der kollektiven Suppe. Dabei traten gesalzene Divergenzen zwischen den beiden Regierungsparteien zu Tage. Ein Antrag der Grünen, die Regierung möge den in der vorigen woxx vorgestellten Gesetzesvorschlag der "Nordallianz" aufgreifen, konnte nur durch den Beschluss, ihn in der Tiefkühltruhe der zuständigen Ausschüsse zwischenzulagern, vom parlamentarischen Herdfeuer genommen werden. Bei einer Abstimmung hätte die CSV ihren eigenen Vorschlag, der gegen die neoliberale Ideologie der DP geht, unterstützen müssen - möglicherweise hätte sich dann die DP in der Minderheit wieder gefunden. Eine Regierungskrise wegen Studentenfutter mochte sich die hinreichend zerstrittene Koalition nun doch nicht leisten.

SCHULE

Traumberuf Friseur

Trotz guten Abschneidens in allen Fächern orientieren sich Mädchen bei der Berufsorientierung immer noch an traditionellen Rollenmustern. Zu dumm, dass sie dabei die schlecht bezahlten Jobs bekommen.

(rw) - "Die Mädchen werden immer besser", so die Feststellung von Gastrednerin Madeleine Arnot von der Universität Cambridge am Samstag anlässlich des Seminars "Erziehung und Bildung in einer sich verändernden Welt". Und belegte anhand von Zahlenmaterial, dass jenseits des Kanals die Schulleistungen von Jungen und Mädchen sich in Mathematik und Physik immer mehr angleichen, während die Mädchen in Englisch weiterhin besser abschneiden. In Großbritannien gebe es Probleme eher mit den Jungen der "working class", die mit dem Durchschnitt oft nicht mithalten könnten. Doch die Mädchen verhielten sich jedoch weiterhin, unabhängig von ihren schulischen Erfolgen, traditionell, sobald sie zwischen Optionen zu wählen hätten: "Sie werden immer noch Friseur, statt in wissenschaftliche Bereiche vorzuziehen."

Das Seminar, das im Rahmen des Projekts "Gleichheit teilen" des Frauenministeriums stattfand, sollte Antworten auf die Frage finden, weshalb es der Schule nicht gelingt, trotz einer Reihe veränderter Vorzeichen die traditionelle Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern aufzubrechen. Die Rednerin sah einen Grund darin, "dass wir am Ende des 20. Jahrhunderts

erst die Infragestellung von viktorianisch geprägten Werten erleben". Nachweisbar sei jedoch nun bei den jungen Mädchen von 16 ein "Wechsel vom Romantizismus zum Pragmatismus". Angesichts veränderter Familienstrukturen setzten sie nicht mehr auf männliche Ernährer, sondern sähen sich zunehmend als Schmiedinnen ihres eigenen Glücks.

Keine Informatikerinnen in Aussicht

Eine Veränderung, die in Luxemburg, wo jahrzehntlang die Hausfrauenehe hochgehalten wurde, noch kaum feststellbar ist. Allerdings bestätigen die Zahlen, die Unterrichtsministerin Anne Brasseur (DP) am Dienstag den parlamentarischen Kommissionen vorstellte, die Analyse der Engländerin. In den Sprachen sind laut Studie Mädchen signifikant besser als Jungen, in Mathematik sind die Unterschiede unerheblich. Jungen haben schon in der Primärschule mehr Lernschwierigkeiten, und im klassischen Sekundarschulunterricht finden sich 55 Prozent Mädchen wieder gegenüber 45 Prozent Jungen. Auch beim Abitur schneiden sie besser ab. Trotz ihrer Qualifizierung würden Mädchen aber im "classique" weiterhin literarische oder künstlerische Laufbahnen

wählen (70 Prozent Mädchen), während sie auf der Sektion Mathematik nur 23 Prozent stellen. Noch dramatischer sieht's im "technique" bei den neuen Formationsangeboten "Technicien informatique" und "CATP informatique" aus: Im Schuljahr 1999/2000 waren von jenen Jugendlichen, die dieses Angebot nutzten, gerade mal 4,4 Prozent Mädchen. In Elektrotechnik und Mechanik lag ihr Prozentsatz gar unter vier Prozent. Eine Tatsache, welche die Ministerin aber bislang wenig zum Handeln zu bewegen scheint. Recht vage verwies sie auf vergangene Sensibilisierungsaktionen, die aber bislang nicht von viel Erfolg gekrönt waren. Und was das Fitmachen des Schulpersonals in geschlechtssensibler Pädagogik betrifft, das in Primär- und Sekundarschule auf die Berufsorientierung von Jungen und Mädchen beträchtlichen Einfluss hat, so scheint es bisher kaum spezifische Angebote in Grund- und Weiterbildung zu geben.

Dass die parlamentarische Chancengleichheitskommission für die nächste Frauentags-Debatte im März eben dieses Thema ausgewählt hat, kommt nicht von ungefähr. Das Bewusstsein, dass es in diesem Bereich trotz einer Reihe von (vom Frauenministerium unterstützten) Pilotprojekten in Kindergarten und Primärschule enormen Nachholbedarf gibt, hat sich in der letzten Zeit sehr verstärkt - der Erfolg des Seminars vom Samstag bewies dies erneut.

SANS-PAPIERS

Une étape difficile

Rencontre transfrontalière autour du problème des sans-papiers. Pour les ONG luxembourgeoises, des idées nouvelles et un encouragement à tenir un discours clair.

(RK) - "Romain n'a pas voulu prendre le risque de traverser la frontière", a expliqué Dominique Noguères de la Ligue des Droits de l'Homme au début de la table-ronde de samedi 10 novembre à la Kulturfabrik. C'est cette absence qui résume le mieux le rapport de force entre les organisations de défense de droits de l'homme et l'Europe forteresse. Romain Binozon, responsable de la Coordination nationale des sans-papiers de France, est lui-même un sans-papier, donc, aux yeux de nos gouvernements, un ennemi public.

La table-ronde sur les procédures de régularisation avait lieu dans le cadre du 2e Festival "Ouni Grenzen", organisé par le CLAE et réunissant des ONG de la région Sar-Lor-Lux actives dans les domaines des migrations et de la xénophobie. "Les politiciens tirent argument de la situation dans les pays voisins, c'est pourquoi il nous faut maintenir le contact avec les ONG autour et formuler des revendications cohérentes", a

expliqué Sylvain Besch du Sesopi interrogé par woxx.

Les représentant-e-s de Belgique et d'Allemagne n'ayant pas pu assister, la table-ronde a été marquée par les intervenant-e-s de France: dénonciation de la chasse aux sans-papiers pratiquée à la faveur du 11 septembre, accusation de trahison contre le gouvernement de la gauche plurielle. Marc Elvinger, modérateur de la table-ronde, a posé la question qui tracasse actuellement les organisations de soutien aux sans-papiers au Luxembourg: "Faut-il mobiliser en faveur des personnes concernées par la régularisation en cours ou plutôt pour celles laissées pour compte?" Franco Barillozzi du CLAE a confirmé que dans la procédure actuelle de nombreux problèmes administratifs restaient à résoudre. Mais aussi que "tous les jours, nous voyons des gens qui passent à travers les mailles du filet. C'est pourquoi nous demandons une seconde régularisation beaucoup plus large, incluant notamment les demandeurs d'asile monténégrins."

La tiédeur de certaines organisations luxembourgeoises s'explique par le manque de mobilisation des médias et de l'opinion publique. Mouloud Aounit, secrétaire général du MRAP a rapporté que la situation était semblable en France. "C'est pourquoi nous avons initié ce Tour de France pour les sans-papiers." De nombreux artistes et intellectuel-le-s ont signé l'appel

de la campagne et se sont engagé-e-s à être présent-e-s lors d'étapes comme celle d'Esch, la première sur sol étranger.

Le Luxembourg découvre le charter

C'est justement l'écrivain Didier Daeninckx qui a apporté au débat sa dimension humaine universelle. Il a raconté comment son engagement avait débuté il y a 15 ans, lorsque Pasqua avait renvoyé 101 réfugiés d'un coup, le fameux "charter des Maliens": "Avant, 'charter' était pour moi un mot de liberté, de culture, de rencontre. On nous a volé cela. On en a fait un mot-matraque." La dimension inhumaine de la privation de droits et des expulsions n'est pas seulement ressentie par les écrivains et les intellectuel-le-s. Au Luxembourg, des gens "normaux" ne trouvent pas normal le traitement que le gouvernement inflige aux sans-papiers (voir la lettre publiée en page 6).

Arriver à articuler cette honte et cette indignation, afin de faire pression sur les politiciennes et politiciens, voilà le projet qu'a énoncé Mouloud Aounit. Selon Marc Elvinger le fait que le gouvernement a actuellement arrêté le dialogue avec les ONG risquait d'entamer le capital politique acquis grâce aux aspects positifs de la régularisation. Mais combien peut-on demander à la politique sans risquer d'être complètement irréaliste? "Les politiciens n'ont pas le courage de croire que l'opinion peut changer", constate Mouloud Aounit. "Pourtant l'exemple de l'abolition de la peine de mort en France montre que le progrès est possible."



Dominique Noguères et Mouloud Aounit